

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile ober deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nebenan 30 Pf.

Zur Fleischnoth.

Der ständige Anstieg des deutschen Landwirthschaftsraths hat in seiner Sitzung am 10. Dezember d. J. über die sog. Fleischnoth folgende Erklärung beschlossen:

1. Wenn auch der Preis für Schweine und frisches Schweinefleisch in einigen Monaten d. J. etwas höher gewesen ist als im Vorjahre, so ist durch die Höhe des Preises die Ernährung des deutschen Volkes in keiner Weise bedroht worden, zumal den Konsumenten gleichzeitig Rindfleisch, Hammelfleisch und zubereitetes Schweinefleisch in Form von Schinken und Speck ebenso billig und vielfach noch billiger zur Verfügung stand als in den Vorjahren. Der höhere Preis für Schweine und frisches Schweinefleisch in einigen Monaten ist eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung in der jährlichen Bewegung der Preise, die stets abwechselnd hoch und niedrig gewesen sind und den Stand des diesjährigen Preises wiederholt erreicht und ihn noch 1890 übertroffen haben. 2. Die deutsche Landwirthschaft ist nicht nur im Stande, den inländischen Bedarf an Fleisch allein ohne ausländische Zufuhr zu decken, sondern sie ist sogar so leistungsfähig, daß der deutschen Bevölkerung trotz ihrer starken Vermehrung, von Jahr zu Jahr pro Kopf noch eine größere Fleischmenge zur Verfügung steht als in den Vorjahren. Es kann somit von einer Fleischnoth, einem Mangel an Fleisch in diesem Jahr ebenso wenig die Rede sein, wie in früheren Jahren. 3. Die Ursache für die Behauptung einer Fleischnoth kann weder in den höheren Preisen noch in der verringerten Einfuhr von lebendem Vieh gefunden werden, da der Preis für Schweine und frisches Schweinefleisch 1890 und 1892 auf derselben Höhe und zum Theil noch höher stand als in diesem Jahr, trotzdem damals 600 000 bis 800 000 Schweine eingeführt wurden. Auch ist neben der etwas beschränkten Einfuhr von lebendem Vieh eine steigende Einfuhr von thierischen Produkten getreten, die im Laufe dieses Jahres bereits eine ausgedehnte Ausdehnung erfahren hat. 4. Der tiefere Grund für die Behauptung einer Fleischnoth in diesem Jahre muß vielmehr in den durch die veränderten Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel verursachten Schädigungen der Viehhändler und Fleischer gesucht werden. Während für den inländischen Fleischkonsum früher fast ausschließlich lebendes Vieh eingeführt und das fremde Vieh vom Händler auf die Schlacht- und Viehhöfe gebracht wurde und von dort in die Hände des Fleischer überging, bringen jetzt, neben der verringerten Einfuhr von lebendem Vieh, die ausländischen für den Konsum fertigen Fleischprodukte in das deutsche Reich ein und gelangen durch alle Kanäle des Verkehrs, durch den Verkauf in allen Delikatess-, Kolonial- und Krämerläden, zum größten Theil mit Umgehung des Fleischer, direkt an die Konsumenten. Der durch diese Einfuhr von Fleischprodukten, vor Allen von Pökefleisch, Büchsenfleisch, Schinken, Speck, Würsten, Salgen und Schmalz verursachte Preisdruck zwingt den Fleischer, für das frische Fleisch, das bisher verhältnismäßig am wenigsten unter der ausländischen Konkurrenz zu leiden hatte, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Hierdurch erklärt sich die vielfach beobachtete Erscheinung, daß die Preise für frisches Fleisch höher sind, als im Verhältnis zu den gleichzeitigen Schlachtpreisen erwartet werden sollte. 5. Eine weitere Deffnung der deutschen Grenze zu Gunsten der Einfuhr lebenden Viehs darf im dringendsten Interesse einer wirksamen Bekämpfung der Viehseuchen und im vitalsten Interesse der gesicherten Fleischversorgung unseres Volkes auf keinen Fall zugelassen werden. Auch muß aus demselben Interesse gefordert werden, daß die Einfuhr von Fleischprodukten unter eine strenge hygienische Kontrolle gestellt wird.

Postverkehr-Erleichterungen.

Zu der dem Bundesrath zugegangenen Vorlage über die Postanweisungen und Baarenproben wird offiziell bemerkt:
Die Vorlage schlägt für Postanweisungen bis 5 Mark eine Gebühr von 10 Pf. vor. Ferner soll, da nach den Vorschriften des Währungsgesetzes vom 1. Januar 1899 ab im internationalen Verkehr Postanweisungen bis 1000 Francs zugelassen sind, auch für den inneren Verkehr der Weisbetrag auf 800 Mark erhöht werden. Für die Postanweisungen über 400 bis 800 Mark sind zwei neue Tarifstufen vorgesehen, und zwar: 50 Pf. für Beträge bis zu 600 Mark und 60 Pf. über 600 Mark. Im Weiteren soll eine Erhöhung des Weisgewichts für Baarenproben von 250 auf 350 Gramm erfolgen, und die Gebühr für solche Waiver auf 20 Pf. festgesetzt werden. Mit der schon lange geplanten Ermäßigung der Mindestgebühr für Postanweisungen auf 10 Pf. wird ein lebhafter Wunsch des Publikums Erfüllung finden, und hoffentlich die Verwendung von Postwertzeichen als Zahlungsmittel für kleine Beträge unter Vermeidung der Freimarken in gewöhnlichen Briefen aufhören. Die Befreiung der niedrigen Gebühr für Postanweisungen bis 5 Mark dürfte billigen Anforderungen genügen; von den Handelskammern, die sich in den letzten Jahren wiederholt mit der Ermäßigung der Gebühr für kleine Postanweisungen beschäftigt haben, ist fast ohne Ausnahme empfohlen worden, die Ermäßigung der Gebühr auf Postanweisungen bis 5 Mark zu beschränken. Die Zahl der vorpostpflichtigen Postanweisungen bis 5 Mark beträgt jetzt — ausschließlich der Soldaten-Postanweisungen — rund 10 Millionen Stück. Nach Einführung des 10 Pfennig-Tarifs wird die Zahl voraussichtlich stark zunehmen. Zur Erleichterung des Verkehrs ist deshalb beabsichtigt, für solche Postanweisungen besondere Formulare mit eingedruckttem Wertstempel zu 10 Pf. herzustellen, welche zum Nennwerth des Stempels an das Publikum abgegeben werden sollen. Angenehm wird es den Betriebsbeamten sein, daß die neuen Formulare demnachst benutzt werden können. Die neuen Tarifstufen von 50 und 60 Pf. für Postanweisungen über 400 bis 600 Mark bzw. bis 800 Mark bedeuten gleichfalls eine Verbilligung des bisherigen Tarifs. Jetzt kostet die Uebermittlung von Beträgen über 400 bis 800 Mark durch

Postanweisung 60 bzw. 70 und 80 Pf., ob die künftigen Gebühren sich um 10 und 20 Pf. niedriger stellen. Die neuen Sätze sind auch ansehnlich den Tarifen für die Uebermittlung von Geldbrieffen über 10 Meilen (bis 600 Mark 50 Pf., über 600—800 Mark 55 Pf.) gleich. Nicht weniger Anlaß wird die Ausdehnung des Weisgewichts für Baarenproben finden. Die Gebühr von 20 Pf. für Waiver über 250 Gramm stimmt mit der Taxe für Druckfahnen des gleichen Gewichts überein. Die Uebereinstimmung ergibt nicht nur für den Betriebsbeamten eine Erleichterung in der Taxierung, sondern hat für das Publikum auch die Annehmlichkeit, daß es Druckfahnen und Baarenproben bis 350 Gramm in einer Sendung zusammenpacken kann.

Aus dem Reich.

Der Kaiser ist gestern Nachmittag 3 Uhr 50 Minuten von Hannover nach Potsdam abgereist. Vor der Kaiserin der Königs-Mannen hatte das Regiment zu Fuß mit der Standard-Auflistung genommen und begrüßte den Kaiser bei der Abfahrt mit Hurrarufen. Die Schulen in Hannover waren auf Befehl des Kaisers Nachmittags geschlossen. Die Ankunft in Potsdam erfolgte gestern Abend 8 1/2 Uhr. — Der Prinz-Regent von Bayern hat genehmigt, daß der bayerische Verein für Pflege und Unterhaltung im Felde verwundeter und erkrankter Krieger künftighin den Namen „**Bayerischer Landes-Schutzverein zum Roten Kreuz**“ führe. — Der „**Köln. Volksztg.**“ wird bestätigt, daß demnächst umfangreiche Veränderungen in den **Regierungspräsidien** vorgenommen werden. Die Regierungen in Königsberg, Rostin, Bromberg, Posen, Gumbinnen, Danaburg, Aurich, Stettin, Wiesbaden und Koblenz werden ihre Vorstände wechseln. — Das **Manusoleum für den verstorbenen Fürsten Bismarck** in Friedrichsruh ist jetzt so weit im Bau vorgeschritten, daß es in seiner Form vollendet dahegt und sich als ein würdevoll, imposanter Bau seiner Art präsentiert. Der auf einem wohlgefügten, von Granit hergestellten Unterbau aus rheinländischen Sandsteinquadern aufgeführte Bau wird am westlichen Ende von einem 90 Fuß hohen Thurm gekrönt, der sich im oberen Theil in achtziger Form bis zur stumpfen Kegelspitze erhebt. In diesem Thurm befindet sich im Erdgeschoß die Gruft für das Fürstpaar; die fürstliche Nachkommenschaft wird dagegen nach ihrem Hinscheiden in dem unter der Kapelle sich erstreckenden umfangreichen Gewölbe im Souterrain ihre letzte Ruhestätte finden. Zur Kapelle, die nach Osten einen Altarraum und Chorfenster mit Glasmalerei erhält, führt ein etwa 4 Fuß aufwärts führender Treppenaufgang von dem südlichen Vorbau aus, als dem einzigen Zugang zur Kapelle und zu den Grabgewölben. Der Thurm der Kapelle wird jetzt von italienischen Arbeitern mit einem Terrazzo-Fußboden versehen; kunstgeübte Mauerer sind mit der Herstellung des feinen Wandputzes beschäftigt. Die Fenster des Baues sind mit Stahlschutzgittern verglast, Kapelleneingang und Thurmöffnung sind mit Eisener belegt. Die Vollendung des inneren Schmuckes der Grabgewölbe sowohl wie der Kapelle wird aber noch mehrere Monate in Anspruch nehmen, zumal wenn Frost eintreten sollte, so daß die Beisetzungs der Leichen wohl vor Beginn des Frühjahres nicht erfolgen wird, wahrscheinlich findet sie am Geburtstage des verewigten Fürsten statt. Das ganze landschaftlich umgestaltete Terrain um das Manusoleum herum wird mit einer starken Drahtgitter-Sicherheitsmauer umgeben und der Raum dann nach Fertigstellung des Baues und der Anlagen verschlossen werden. — Für die zu gründende Baugenossenschaft zur **Errichtung von Arbeiterwohnungen** in Ostfriesland bereits 20 000 Mark gezeichnet worden. — Der Provinzialanhang in Münster i. Westf. beschloß, beim Provinziallandtage die Gewährung eines außerordentlichen Kredits von zwei Millionen Mark zur **Förderung des Kleinbahnwesens** zu beantragen. — Die Bürgerauschussung in Karlsruhe hat ein Negativ angenommen, wonach das Prinzip der **Beamtenanstellung** auch auf die **städtischen Arbeiter** ausgedehnt wurde. Die Arbeiter erhalten nämlich nach zehnjähriger Dienstzeit ihre Anstellung als ständige Arbeiter und die Anwartschaft auf Pensionierung und Hinterbliebenenversorgung.

Deutschland.

Berlin, 17. Dezember. Die Einberufung des preussischen Landtages soll nach der „**Post**“ für den spätest zulässigen Termin, den 16. Januar, in Aussicht genommen sein und zwar, weil in Uebereinstimmung mit der von der Regierung stets vertretenen Meinung das Mandat des letzten Landtages an diesem Tage erst ablaufen und deshalb eine formelle Auflösung des alten Landtages erforderlich sein würde. Man kann, wenn sich die Meinung bestätigt, mit Sicherheit darauf rechnen, daß der Etat bis zum 1. April wieder nicht fertig werden wird.

In einer am Donnerstag in Konstantinopel stattgefundenen, vom Vizeadmiral Skala vom Hofe-Pasha einberufenen Versammlung der dortigen deutschen Kolonie wurde die Gründung eines deutschen Stettiner Vereins in Konstantinopel im Anschluß an den Berliner Hauptverband beschlossen. Der Vorsitz wurde Skala vom Hofe-Pasha übertragen; es wurden zahlreiche Jahresbeiträge gezeichnet.

Zu den Gerüchten über Verhandlungen, die über Wiederherstellung der hiesigen Produktionskräfte stattfinden sollen, war in freisinnigen Blättern bemerkt worden, daß Verhandlungen in dieser Angelegenheit von vornherein aussichtslos seien würden. Dagegen schreibt die „**Nordd. Allg. Ztg.**“: „Wir vermögen dieser pessimistischen Auffassung nicht beizupflichten, glauben vielmehr, daß es bei einigem Entgegenkommen von beiden Seiten nicht unmöglich sein würde, unter voller Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen eine dem wohlverstandenen Interesse aller Beteiligten entsprechende Lösung zu finden.“

In der im Verein deutscher Großhändler in Dünge- und Kraftmitteln in Berlin abgehaltenen Generalversammlung wurde erklärt, daß die neue preussische Kanalvorlage mit Genehmigung zu begrüßen sei.

Abend-Ausgabe.

Das Organ der westpreussischen Geschäftsführung des Bundes der Landwirthe veröffentlicht folgende Aufforderung: Wir bitten unsere Herren Vertrauensmänner, in den von ihnen vertretenen Ortsgruppen freundschaftlich um Rath darüber zu halten, welche politischen Zeitungen (abgegeben vom Bundesblatt) von den Bundesmitgliedern, den übrigen Ortsmitgliedern und in den Dorfwirtschaften gehalten werden, und uns das möglichst zuverlässige Ergebnis derselben dann mitzutheilen. Uns ist es in hohem Grade wichtig, durch einen Ueberblick über die auf dem platten Lande noch immer verbreitete gegnerische Presse und die Art und den Umfang ihrer Verbreitung zu erhalten.

Die Abgg. Kroschke (Dessau, b. f. Fr.) und Dr. Pachnide (fr. Bgg.) haben beim Reichstags folgenden Antrag eingebracht: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldmöglichst einen Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung von Arbeitsnachweisen, vorzulegen, durch welchen bestimmt wird, daß auf Antrag und nach Anhörung einer entsprechenden Anzahl berufstätiger Arbeitgeber und Arbeitnehmer Gemeinden bzw. weitere Kommunal-Verbände, insoweit innerhalb ihrer Bezirke kommunale oder gemeinnützige Arbeitsnachweise, welche den Vorschriften des Reichsgesetzes und den örtlichen Bedürfnissen entsprechen, nicht vorhanden sind, durch die Landeszentralbehörde zur Errichtung und Unterhaltung solcher Arbeitsnachweise angehalten werden können; durch welchen ferner bestimmt wird, daß an der Verwaltung solcher Arbeitsnachweise Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl unter dem Vorsitz eines Unparteiischen zu beistehen.“ Der Antrag ist unterstützt von sämtlichen Mitgliedern der freisinnigen Vereinigung und vom Abg. Sabin (b. f. Fr.).

Die Abgg. Dr. Arendt und Genossen haben im Reichstage eine Resolution eingebracht, durch welche der Reichstagsrat ersucht wird, desfalls Herbeiführung internationaler Maßregeln zur Verhütung von Schiffsunfällen und zur Sicherung des Lebens der Seelen und der Seereisen mit den übrigen Seemächten in Verhandlungen einzutreten.

Aus der Veröffentlichung der Militär-Strafgerichtsordnung geht hervor, daß der Kaiser sie am 1. Dezember vollzogen hat. Am 25. November hatte, wie erinnert, in München die Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem bayerischen Prinzregenten stattgefunden, welche die Meinungsverständnisse wegen der obersten bayerischen Instanz befestigte und dadurch ermöglichte, die in dem Hauptgesetzentwurf vorgesehene gefestigte Erledigung nun in die Hand zu nehmen.

Dem Rath der Stadt Leipzig ist vom dem sächsischen Kriegsministerium mitgetheilt worden, daß vorbehaltlich der Zustimmung des Reichstags in Aussicht genommen worden sei, den Tag des Generalkommandos für das neu zu bildende 19. Armeekorps nach Leipzig zu legen.

„Schwere Stürme wird es in der bayerischen Abgeordnetenversammlung geben.“ So versichert das neue Münchener Zentrumsblatt, die „**Neue bair. Ztg.**“, und gleichzeitig wiederholt sie ihre Behauptung, daß ein Theil des bayerischen Ministeriums in der Frage des obersten Militärgerichtes nicht zu der Krone gefanden habe. Drohend schreibt sie dann weiter:

„Es wird sehr ernste Auseinandersetzungen geben, die darauf hinauslaufen werden, zu befehlen, daß die Staatsregierung das Vertrauen der Mehrheit des Volkes nicht beugt und daß das Streben sein muß, festzustellen, daß die Krone überbrückt ist von der fehlerhaften Haltung der Staatsregierung. Die Mithrasung ist so groß, daß die Regierung aus Gründen der Staatsraison allein als der Born der Fehler klar und deutlich bezeichnet werden muß, die in dieser Frage gemacht worden sind. Die Krone steht erhaben da, nach ihrem Willen wäre es anders ergangen.“

Der lebhafteste Wunsch des bayerischen Zentrums ist schon lange, das Ministerium Grailheim zu Falle bringen zu können. Der kommende Mann ist für alle kirchlichen Münchener der Herr v. Hertling.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Dezember. Da Abg. Antonitsch im Ausgleichsausschuß bei Wiedergabe einer angeblichen Aeußerung des deutschen Kaisers in Bezug auf die Bialaer Ausfuhrsteuer als Quelle berufen hatte, so veranlaßte Abg. Wenger eine bezügliche Anfrage bei allen hervorragenden Journalisten in Biala-Biala, die nach dem Orient exportieren. Sämtliche erklärten, daß ihnen von der angeblichen Aeußerung des deutschen Kaisers nichts bekannt geworden sei.

Belgien.

Brüssel, 16. Dezember. Hier sind ungünstige Gerüchte über den Zustand der Prinzessin Louise von Koburg verbreitet. Wie verlautet, soll unheilbarer Wahnfinn eingetreten sein.

Frankreich.

Paris, 16. Dezember. Deputirtenkammer. Viviani (Sozialist) interpellirte über die Wahlangehörigkeiten, welche bei der vom Parlament angeordneten Untersuchung über die Wahl in Narbonne an das Licht gekommen sind. Der Redner greift in heftiger Weise die von Meline und Barthelemy geübte Wahlpraxis an, welche er als standalös bezeichnet. (Lärm.) Barthelemy und Meline weisen die Angriffe Vivianis zurück und erklären, sie hätten allen Beamten unbedingte Unparteilichkeit anbefohlen. (Bischof) Unterbrechungen und Proteste aus der äußersten Linken.) Dupuy nimmt eine von Klotz vorgeschlagene Tagesordnung an, in welcher es heißt: Die Kammer tadelt offizielle Wahlbeeinflussungen, richtet darauf, daß die Regierung in bestimmter Weise die Freiheit des allgemeinen Wahlrechts von ihren Beamten achten lassen wird, und geht zur Tagesordnung über. Das Zentrum verlangt eine einfache Tagesordnung. Dupuy lehnt unter dem Vorbehalt der Linken die einfache Tagesordnung ab, welche darauf mit 303 gegen 177 Stimmen verworfen wird. (Große Bewegung. Rufe: Es lebe die Republik!) Berrier beantragt, der Tagesordnung Klotz die Worte hinzuzufügen: Welche Politik auch immer am Ruder sein möge. Dupuy nimmt diesen

Zusatz an und fügt hinzu: Unser Verhalten war nicht von der Politik, sondern von der Moral geleitet. (Protestkundgebungen auf der Rechten. Beifall auf der Linken. Rufe: Nieder mit Meline! Es lebe die Republik!) Die gefasste Tagesordnung wird hierauf einstimmig mit 335 Stimmen angenommen. In Folge Annahme der Tagesordnung Klotz seitens Dupuy hatten der Minister Klotz und der Unterstaatssekretär Lege die Abticht, zu demissioniren, allein in Folge der Erklärung Dupuy verzichteten sie darauf.

Der Besprechung der Minister nach Schluß der Kammerung wohnten nicht alle Mitglieder des Kabinetts bei. Anwesend waren nur Klotz, Guillaum, Delombre und der Unterstaatssekretär Legrand. Einige Deputirte gaben zu, daß die von Dupuy gegen Ende der Sitzung abgegebene Erklärung der von Klotz vorgeschlagenen Tagesordnung jeden Verdacht einer gegen die progressivste Partei gerichteten Spitze benehme. Unter diesen Umständen wird Niemand ein Demissionsgesuch einreichen.

Paris, 16. Dezember. Barthelemy will aus Rache für die heutige Haltung Dupuy über Picquarts widerrechtliche Festhaltung interpelliren. Freyinet setzte eine Kommission ein, welche den Auftrag hat, unter dem Vorsitz des Chefs des Generalstabes der Armee eine Umgestaltung des Militärstrafgesetzbuches in Erwägung zu ziehen.

Die Regierung brachte bei der Kammer einen Gesetzentwurf ein, durch welchen die Polizeigewalt in der Stadt Algier dem Präfekten übertragen wird.

Der Municipalrath hat den Ankauf des Buches **Leban Gohiers** „*L'Armée contre la Nation*“ für die städtischen Bibliotheken unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des Seine-Präfekten genehmigt.

Die amerikanischen Mitglieder der spanisch-amerikanischen Friedenskonferenz haben heute Abend die Heimreise angetreten.

England.

London, 16. Dezember. Zu allgemeiner Ueberraschung trifft die Pariser Meldung von der Verlängerung der Ratifizierungsdfrist des Negerabkommens für weitere sechs Monate in letzter Stunde ein. Die erwähnten zwei Hauptpunkte, Gewährung zweier Enklaven am Niger an Frankreich und Sicherstellung englischer Händler in zwei französischen Kolonien Westafrikas, bleiben einseitig unausgeführt. Hier gilt die Ausnahme, daß die Streichung des letzten Punktes eines der Zugeständnisse war, die Frankreich für die Räumung Faschodas zu erlangen hoffte. — Nach einer Meldung der „**Daily Chronicle**“ aus französischer Quelle wäre Viktor Napoleon vom vorigen Mittwoch bis Sonntag in Paris gewesen, hätte mit General Mercier, wahrscheinlich als dem Vertreter der schon früher nach dieser Seite vermittelten Generale, Beratungen gehabt und auch die Ordonnanzoffiziere zweier namhaften Generale als Tischgäste in Zivil bei sich gesehen, von sonstigen bekannten Personen aber nur Devoulede zu kurzer Unterredung empfangen.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Dezember. General Jörgen Hammer, welcher die beiden deutsch-dänischen Feldzüge mitgemacht hat, ist heute im Alter von 81 Jahren gestorben.

Rußland.

Kaiser Nikolaus II. von Rußland hat während seiner ersten Regierungszeit ungemein viel für die Verbesserung der Lage der nach Sibirien Verbannten gethan, die „**politischen Verbrecher**“ waren jedoch von diesen Sonnenstrahlen der kaiserlichen Gnade bisher nicht berührt worden. Seit Sibirien immer mehr in den Weltverkehr einbezogen und Bahnen gebaut wurden, sandte Rußland die politischen Verbrecher nur noch in Ausnahmefällen nach den Städten und Bergwerken Sibiriens, höchstens nach Jakutsk, wo die beständige Kälte auch die erbittertesten Leidenschaften tödtet und eine Flucht zum Selbstmord führt. Die einst japanische Insel Sachalin im Ostchinesischen Meere wurde der Verbannungsort, und wie dort die Verbannten arbeiten, leben und verleben, haben wir vor etwa fünf Jahren an der Hand feuilletonistischer Berichte eines genauen russischen Kenners der dortigen Zustände geschilbert. Selbst bei der strengen russischen Zensur gelangten immer mehr Klagen über die administrative Willkür der Beamten auf Sachalin in die Presse, so daß jetzt der Zar einen neuen Militär-gouverneur für Sachalin ernannte und ihm befahl, „den politischen Verbrechern gegenwärtige Gerechtigkeit und Barmherzigkeit zu thun.“ Der neue Militär-gouverneur General Japanow hat deshalb, wie der „**Sibirskij Wjestnik**“ meldet, unmittelbar nach seiner Ankunft auf Sachalin folgenden Erlass an die Behörden der Strafkolonie erlassen:

„Vor meiner Abreise aus Petersburg, in der Abschieds-Audienz beim Kaiser, hat mir der Monarch befohlen, auf Sachalin Ordnung zu schaffen. Der Kaiser ist mit der Thätigkeit der Beamten der Insel äußerst unzufrieden. Der Verbrecher, den das Gesetz der Strafe unterzogen, das das Recht auf Gerechtigkeit und Barmherzigkeit nicht verweigert. Im Geiste der strengsten Gerechtigkeit, der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit muß verwaltet werden. Wer mir in dieser Richtung helfen will, der findet in mir Schutz und Förderung; den Gesetzesverlegern gegenüber aber werde ich unerbittlich sein. Zwanzig Jahre stand ich auf der Wacht des Gesetzes, dort ist mein Platz für immer.“

Das offene Eintreten des Zaren für Besserung der Zustände und die Veröffentlichung des Erlasses des Generals Japanow im „**Sif. Wjestnik**“ dürfte auch in den übrigen Theilen des weiten Sibiriens von heilsamem Einfluß auf die Beamten sein.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 17. Dezember. Die Frist zur Abgabe der Steuer-Erklärungen zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung ist für das Jahr 1899 auf die Zeit vom 4. bis einschließlich den 20. Januar 1899 festgesetzt.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Baakenstein & Bogler, G. E. Daube, Invalidenbank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Eberfeld H. Thienes, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Der Schmiedemeister Habel in Kriew hat am 8. September d. J. den zweijährigen Sohn des Arbeitmannes Fr. Kroll aus Kriew vom Tode des Ertrinkens errettet. Diese menschenfreundliche That wird von dem Herrn Regierungspräsidenten mit dem Vermerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß dem Ketter eine Geldprämie bewilligt ist.

Der Deutsche Seefischer-Verein macht die deutschen Hebereien auf eine neue Erwerbsquelle aufmerksam. Daß das deutsche Reich eine große Menge ausländischer Derringe konsumirt, ist bekannt. Der Hauptbezug geschieht aus den Häfen von England, der schottischen Ostküste, Norwegen, Schweden und Holland. Es dürfte jedoch die deutschen Hebereien interessieren, daß auch ein sehr bedeutender Derringshandel zwischen den Hebriden und den deutschen Häfen stattfindet, der zur Zeit hauptsächlich von norwegischen, schwedischen und dänischen Dampfern vermittelt wird.

An Stelle des Kaufmanns Hermann Saran hier sind dem Buch- und Kunsthändler Paul Nieckammer hier, kleine Domsstraße 7, die Geschäfte eines Landestempelvertheilers übertragen worden.

Der Geheimen Regierungsrath, Professor der Chemie und Direktor des chemischen Instituts in Greifswald, Dr. Hugo Schwaner, bezieht am heutigen Tage seinen 70. Geburtstag; derselbe wirkt seit 38 Jahren an der genannten Universität, er ist am 17. Dezember 1828 in Braunschw. geboren, promovierte am 4. März 1857 in Göttingen und habilitierte sich am 14. September 1860 an der philosophischen Fakultät der Greifswalder Universität. Am 9. November 1863 erfolgte seine Ernennung zum außerordentlichen, am 16. April 1875 zum ordentlichen Professor und am 22. Juni 1896 zum Geheimen Regierungsrath. Herr Professor Dr. Schwaner ist Ritter des Kronen-Ordens 3. Klasse und Inhaber des Rothen Adler-Ordens 4. Klasse.

In der gestrigen Monats-Sitzung der Pommergen Gastwirths-Vereinigung, welche im Grothdichen Lokal stattfand, war nur die Besprechung über das 50jährige Stiftungsfest von Interesse. Dasselbe wird Mitte Februar gefeiert und wurde beschlossen, am Vorabend mit dem Empfang der auswärtigen Gäste eine gemüthliche Vereinigung zu verbinden, am Festtage selbst soll am Vormittag eine Ausfahrt veranstaltet werden, um die Gäste mit den Sehenswürdigkeiten Stettins bekannt zu machen, am Nachmittag findet Feldtänzer mit anschließendem Ball statt. Gleichzeitig findet dabei die Prämiation Trendelenburg aus der Th. Müller-Stiftung statt und werden die Mitglieder der aufgeführten, etwaige Meldungen dazu möglichst frühzeitig bei dem Vorstand einzureichen. Besondere Einladungen zu dem Stiftungsfest sollen an den Verbandsvorstand und die Vereine der Zone Pommergen ergehen.

Am Donnerstag, den 22. d. M., wird in dem Hause Große Bollweberstraße 30 (National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft) ein neues Wein-Geheim mit großen Weinstuben eröffnet, welche letztere auf das behaglichste eingerichtet sind und sich bald eines großen Zuspruchs erfreuen dürften, da der Inhaber, Herr W. Ohlen, nicht allein in der Branche sehr erfahren, sondern auch in größeren Kreisen bekannt ist. Derselbe hat die Vertretung der Weinrothhandlung der fgl. Hoflieferanten Herrn J. Friedrich in Vimeburg.

Als volkstümliche Vorstellung geht Montag im Stadttheater „Der Kaufmann von Venedig“ zu kleinen Preisen in Scene, die Weihnachts-Noth bildet Leoncavallo's große Oper „La Bohème“. Für die Kinderwelt bleibt bei den Nachmittagsvorstellungen fortgesetzt „Hänsel und Gretel“ auf dem Spielplan.

Im Keller des Hauses Mauerstraße 3 wurde in der letzten Nacht ein Einbruch verübt. Die Diebe gelangten durch ein Fenster, dessen Scheibe sie einwirkten, in den zur Aufbewahrung von Fleischwaaren benutzten Raum, aus dem sie acht Gänse, zusammen etwa 45 Mark an Werth, und einen Schinken mitnahmen. — In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag stahlen die Diebe einen Beutel im Komitoir des Producentenhändlers A. Süßkind, Große Lustade 97 ab, und nahmen dort 2 Säcke Metall mit, sowie den Hemischlüssel, wo sie noch mehrere Säcke Lumpen sollen mitgenommen haben. Das Metall wurde gleich des Morgens von der Polizei bei dem Metallhändler Ph. Gallmann beschlagnahmt, welches der Handelsmann Bronckert dort zum Verkauf brachte.

Verhaftet wurde hier die Aufwärterin Emma Dittmann wegen Diebstahls.

Von einem Hohlwagen des Spediteurs Albert Neg wurde auf dem Wege vom Zentral-Güterbahnhof bis zur Falkenwalderstraße ein Kollo Packpapier, gezeichnet H. K. 32, g e t h e n. — Von der Ladung eines am Selbstmollver liegenden Stahnes der Frankfurter Güter-Eisenbahn-Gesellschaft wurde ein Sack Leinwand im Werthe von 20 Mark entwendet.

(Personal-Chronik.) Der Wagnachmeister der Hebride Hugo Muchols ist als Polizeikommissarius bei der königlichen Polizeidirektion zu Stettin angestellt worden. — Der Unteroffizier Karl Friedrich Albert Stähler vom Grenadier-Regiment Nr. 2 ist als Schutzmann bei der königlichen Polizeidirektion zu Stettin angestellt worden. — Der Revierloose Hagen zu Swinemünde tritt mit dem 1. Januar 1899 in den Ruhestand.

Literatur.

Viele in Stettin und in der ganzen Provinz werden es mit Freuden begrüßen, daß Pastor Hans Meinhof in Halle a. S. an Saint Laurentius, früher in Beethanen in Stettin einen Jahrgang Predigten unter dem Titel: „**Vorschau des Heils**“ herausgegeben hat (Halle, Wilmanns Verlag, Max Groffe, 5 Mark). Die gedruckten Predigten haben alle Vorzüge der Meinhof'schen Predigtweise. Eine edle Sprache zeichnet sie aus. Sie sind kurz und prägnant, klar disponirt, heben die Hauptpunkte scharf zum Theil in sehr interessanten Gegenständen hervor, so daß sich der Inhalt dem Gedächtnis leicht einprägt. Sie zeigen ein tiefes Verständnis für alles, was das Menschenherz bewegt, sind überhaupt aus dem Leben für das Leben geschrieben. Der Verfasser weiß die zu handelnde Geschichte oft in ein überraschend

